

Wahlprogramm der FDP zur Kommunalwahl

Grundsätze und Ziele

Liberaler Politik beruht auf dem Gedanken, dass der Mensch sein Leben eigenverantwortlich bestimmen kann. Eigenverantwortung bedeutet Freiheit von Bevormundung und staatlicher Gängelung.

Diese Grundsätze einer freiheitlichen Bürgergesellschaft sind zunehmend in den Hintergrund getreten. Immer neue Reglementierungen haben die Möglichkeiten des Einzelnen, sein Leben eigenverantwortlich zu bestimmen und ihn betreffende Angelegenheiten selbst zu entscheiden, eingeschränkt. Diese Entwicklung hat auch zu der Einstellung geführt, dass „der Staat“ für alles zuständig sei und sich der Einzelne um seine Belange weder kümmern müsse noch hierzu die Möglichkeit habe.

Gegen diese Erosion und Umwertung freiheitlicher Ideale wendet sich die FDP. Die Freien Demokraten wollen Menschen zusammenbringen und unterstützen, die wissen, wie wichtig Verantwortung und eigenständiges Handeln für die Selbstachtung, aber auch für die Achtung anderer Menschen und des Gemeinwesens sind. Wo immer sich Menschen ehrenamtlich engagieren, ob im Verein, in karitativen Einrichtungen oder Selbsthilfegruppen, werden wir Liberalen sie unterstützen und bestehende bürokratische, rechtliche oder finanzielle Hürden zu überwinden helfen.

Am 26. September geht es nicht nur um eine kommunalpolitische Entscheidung, sondern, ob, ausgehend von diesen Grundsätzen, Zukunftschancen für unsere Gemeinde Steinhagen erarbeitet und genutzt werden.

Zeiten des wirtschaftlichen Stillstandes oder sogar des Rückschritts bieten Möglichkeiten für neue Ideen, neue Wege, politische Alternativen - auch für die Gemeinde Steinhagen.

Wir Freien Demokraten wollen uns offensiv und aktiv den Herausforderungen stellen!

Uns geht es nicht um die Verwirklichung politischer Ideologien. Wir orientieren uns am Machbaren.

Der sparsame Umgang mit öffentlichen Mitteln ist oberste Richtschnur unseres politischen Handelns.

1. Wirtschaft und Arbeit

Noch zählt die Gemeinde Steinhagen zu den interessanten Wirtschaftsstandorten im Kreis Gütersloh. Damit das so bleibt, dürfen wir diese Tatsache nicht länger als Selbstverständlichkeit betrachten. Drastische Steuerrückgänge machen deutlich, dass es höchste Zeit ist, neben der interkommunalen Zusammenarbeit auf Kreisebene intensiver als bisher kommunale Wirtschaftsförderung zu betreiben. Dazu brauchen wir in unserer Gemeinde kein Amt für Wirtschaftsförderung, das nur neue Bürokratie entstehen lässt. Wirtschaftsförderung ist Chefsache, ist Aufgabe des Bürgermeisters. Sie ist von diesem in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Wirtschaftsförderung des Kreises Gütersloh vorzunehmen.

Die FDP betont ausdrücklich die Notwendigkeit des Gewerbegebiets Brockhagen-Ost. Sie wird alle Schritte unterstützen, die unverzüglich zu dessen Realisierung führen werden.

2. Finanzen und Verwaltung

Liberaler Finanzpolitik beantwortet die Krise der kommunalen Haushalte nicht mit dem Drehen an der Steuerschraube, sondern setzt auf die Stärkung des Mittelstandes als wichtigstem Faktor für Wirtschaftswachstum und Wohlstand.

Wir wollen eine moderne, leistungsfähige, bürger- und wirtschaftsfreundliche Verwaltung, die auf ihre Kernaufgaben zurückgeführt werden soll und diese effizient und sparsam wahrnimmt.

Entgegen dem Trend der vergangenen Jahre, in denen die Schulden der Gemeinde stetig anstiegen, muss nun Haushaltskonsolidierung betrieben werden. Die laufenden Ausgaben der Gemeinde Steinhagen dürfen die Einnahmen nicht länger übersteigen, wie in den Jahren 2003 und 2004 geschehen. Die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt hat für die FDP oberste Priorität. Zu diesem Zweck sind Leistungsstandards permanent zu überprüfen. Das Verfahren der Aufgabenkritik muss im Sinne eines sparsamen Ressourceneinsatzes (Geldmittel und Personal) als Daueraufgabe von Verwaltung und Politik begriffen werden.

Neue, mit Landes-, Bundes- oder EU-Mitteln geförderte Projekte sind im Vorfeld einer Entscheidung über ihre Durchführung auf ihre Notwendigkeit und ihre Folgekosten hin zu überprüfen.

Mit nicht hoheitlichen Aufgaben sind konsequent private Unternehmen und Dienstleister zu beauftragen. Wo es rechtlich möglich ist, sollen einheimische Anbieter bevorzugt werden. Privatisierung ist kein Allheilmittel und kein Selbstzweck, sondern dient dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb, erzeugt Innovation und schafft Arbeitsplätze. Privatisierung ist aktive Mittelstandsförderung.

Die von der Gemeinde Steinhagen erlassenen Satzungen und andere Bestimmungen müssen mit einem Verfallsdatum versehen werden. Nicht derjenige, der eine Gebühr oder Verwaltungsvorschrift abschaffen will, muss die Initiative ergreifen, sondern derjenige, der die bestehenden Regelungen beibehalten möchte.

3. Verkehr, Infrastruktur

Eine gute Verkehrsinfrastruktur und attraktive Verkehrsanbindungen an das Fernstraßennetz sind eine grundlegende Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung.

Der Lückenschluss der A 33 auf der jetzt gefundenen Konsenslinie muss forciert werden und darf nicht durch Störfeuer und neuerlich vorgetragene Bedenken und Alternativen abermals verzögert werden. Dabei muss das Interesse der Anlieger an der Verwirklichung des bestmöglichen Lärmschutzes berücksichtigt werden. Die Autobahn zieht Unternehmen an und schafft damit Arbeitsplätze, die wegen der auch Steinhagen betreffenden Arbeitslosigkeit dringend nötig sind.

Der Haushaltsansatz für die Reparatur gemeindeeigener Straßen darf nicht länger als Spardose von der Politik missbraucht werden. Die Sanierung der gemeindeeigenen Straßen hat für uns oberste Priorität.

4. Schule, Erziehung und Bildung

Liberaler Schul- und Bildungspolitik orientiert sich an den individuellen Fähigkeiten jedes Einzelnen. Bildung ist Voraussetzung zur verantwortungsvollen, toleranten und kompetenten Teilnahme und Teilhabe an unserer Gesellschaft.

Um dem wachsenden Bedürfnis nach Ganztagsbetreuung nachzukommen, setzen wir uns für die Fortführung bzw. Erweiterung der engen Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern (Schulamt, Vereine, karitative Verbände oder Einrichtungen etc.) ein. Diese Zusammenarbeit bei der Organisation von zusätzlichen Betreuungsmöglichkeiten hat sich bewährt.

Die FDP lehnt Schnellschüsse bei der Einrichtung zusätzlicher Betreuungsangebote ab. Diese Betreuungsangebote müssen organisatorisch sorgfältig vorbereitet und finanziell langfristig abgesichert sein.

Die FDP lehnt die Bezeichnung Ganztagschule für die in die Nachmittagsstunden erweiterte Betreuung von Schulkindern ab. Eine solche Bezeichnung ist eine reine Mogelpackung.

Jedes Kind sollte bis zur Einschulung sicher in der deutschen Sprache sein. In Einrichtungen, die überwiegend von Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden, müssen Maßnahmen ergriffen werden, durch die auch die Eltern der betroffenen Kinder gefördert, aber auch gefordert werden.

5. Soziales

Auch für liberale Sozialpolitik gilt der Grundsatz, dass der Staat- auf der untersten Ebene ist das die Gemeinde- nicht für alles zuständig sein kann. Außerdem gilt es auch in diesem Bereich, sich am politisch Machbaren zu orientieren. Dazu müssen Schwerpunkte gesetzt werden, zu denen angesichts einer älter werdenden Gesellschaft vor allem die Seniorenpolitik gehört.

Bewährt haben sich die Projekte „Betreutes Wohnen“. Die FDP tritt für eine Erweiterung des Angebots „Betreutes Wohnen“ in Ortskernnähe ein. Die Verwirklichung solcher Projekte hat durch Investoren zu erfolgen; der Gemeinde fällt die Aufgabe zu, dafür preisgünstige Grundstücke anzubieten, damit sich die Kosten für Kauf oder Miete einer Wohnung in einem angemessenen Rahmen bewegen.